

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Nachtragshaushaltsgesetz 2010) (Plenarsitzung vom 29.09.2010)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun der Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Nachtragshaushalt 2010 muss vor allem unter sozialen Aspekten nachgebessert werden. Die Konsequenzen aus der von Rot-Grün erstellten Abschlussbilanz der schwarz-gelben Regierungszeit sind bisher noch ausgesprochen unzureichend. Trotz der im Nachtragshaushalt ausgewiesenen massiven Neuverschuldung in Höhe von 8,9 Milliarden €, der damit 5 Milliarden € über der Verfassungsgrenze liegt – der noch von Schwarz-Gelb zu verantwortende Ursprungshaushalt 2010 hat im Übrigen auch schon über dieser Grenze gelegen –, wurden viele Missstände aus der Zeit der ehemaligen schwarz-gelben Landesregierung von Rot-Grün noch nicht einmal im Ansatz behoben.

Ich sage es an dieser Stelle sehr deutlich: Die Linke steht für einen solide finanzierten Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen. Wir müssen aber zum jetzigen Zeitpunkt feststellen: Nur für die WestLB ist erneut viel Geld da – nur für die WestLB –, nämlich in diesem Nachtragshaushalt zusätzlich 1,3 Milliarden €. Trotzdem droht die WestLB erneut zu einem schlagenden Wetter für die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen zu werden. Demgegenüber können wir jetzt schon wieder in allen Zeitungen lesen: Die WestLB-Banker gehen wieder mit Millionensummen nach Hause. – Das ist auch Teil der Realität.

Wir erleben gerade, dass der Kassensturz ein sehr bekanntes Verfahren ist. Ich möchte dazu zitieren: Mit unrealistischen Annahmen und falsch kalkulierten Zahlen wurde von der letzten Landesregierung die Haushaltslage schöngerechnet und zuletzt immer wackeliger zusammengezimmert. Ein Neuanfang macht es daher unbedingt erforderlich, einen klaren und eindeutigen Schlussstrich unter diese Finanzpolitik zu ziehen. Es ist erforderlich, die Risiken der Haushalte offenzulegen und deutlich zu machen, woran wir sind. Man hat uns ein katastrophales Erbe hinterlassen.

Raten Sie einmal, wer das gesagt hat? – Nicht Hannelore Kraft, nicht Finanzminister Walter-Borjans. Nein, es war Finanzminister Linssen 2005 der diese Rede bei der Einbringung des Nachtragshaushalts 2005 gehalten hat.

Welche erste Maßnahme hat die schwarz-gelbe Regierung damals ergriffen? – Sie hat im

Nachtragshaushalt neue Schulden in Höhe von 2,2 Milliarden € draufgepackt. Das war die reale Politik, die Sie gemacht haben.

Kommen wir zur aktuellen Situation und zum aktuellen Nachtrag: Die 300 Millionen € Unterstützung des Landes für die enorm belasteten und teils hoch verschuldeten Kommunen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das Versprechen von Ministerpräsidentin Kraft für beitragsfreie Kindergärten bleibt zunächst Zukunftsmusik. Arme und Erwerbslose sowie Menschen in besonderen Problemlagen in NRW bleiben weitgehend unberücksichtigt.

Doch im Nachtragshaushalt 2010 wurden diese Missetaten bisher nicht aufgegriffen und korrigiert. SPD und Grüne verträsten alle auf die Zukunft.

Die Arbeitslosenzentren, Stellen in Frauenhäusern und zum Beispiel die Unterstützung des Flüchtlingsrates NRW sind von Schwarz-Gelb gestrichen worden. Im Landesjugendplan wurden 17 Millionen € gestrichen, doch eine Korrektur gibt es bisher noch nicht – noch nicht.

Warum?, fragt man sich unwillkürlich, wenn anderes korrigiert wird, beispielsweise: Der Landesbetrieb Wald und Holz erhält mehr Geld. Für die Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung, die es noch gar nicht gibt, wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Millionen € ausgebracht. Eine Verpflichtungsermächtigung zur Abschaffung der Studiengebühren für das Sommersemester 2011- man höre genau zu – ist laut Rot-Grün nicht möglich.

Kommen wir zum Umweltbereich: Zwar sollen im Umweltbereich 128 neue Stellen geschaffen werden, doch der Eindruck von grüner Klientelpolitik, von der CDU und FDP bereits sprechen, besteht zu Recht, wenn nicht mindestens auch die 200 neuen Steuerprüfer eingestellt werden, die der Finanzminister versprochen hat.

(Beifall von der LINKEN)

Ich frage mich: Warum stehen sie nicht in dem Nachtragshaushalt? Die Linke hat hier übrigens Druck gemacht und gesagt: Wir brauchen mindestens 500 neue Stellen; denn sie würden ebenso viele Millionen in den Haushalt einbringen. Das sind bekanntermaßen Forderungen, die auch der Bund der Steuerzahler und die Deutsche Steuer-Gewerkschaft aufstellen.

(Beifall von der LINKEN)

Nichts gegen den neuen Umweltminister Johannes Remmel, der offensichtlich gut mit dem Finanzminister verhandelt hat, aber ich frage mich: Wo bleiben neben den ökologischen die sozialen Verbesserungen? Frau Ministerin Steffens, ich hätte mir im Nachtragshaushalt auch die Stellen für die Frauenhäuser gewünscht. Alles in die Zukunft verschoben?

(Beifall von der LINKEN)

Es sollen zwar mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen geschaffen werden, doch der Bildungsbereich wird wider allen rot-grünen Sonntagsreden unzureichend gefördert; ganz zu schweigen von den schulpolitischen Vorstellungen von Ministerin Löhrmann, die noch eine weitere Schulform mit neuen Modellversuchen ins Leben ruft, statt eine grundlegende Schulreform durchzuführen – mit großen Worten gestartet und jetzt eine kleinmütige Politik. Die Menschen in NRW wollen aber keine weiteren Experimente mit ihren Kindern.

Auch die Abschaffung der Studiengebühren wird um ein Jahr verschoben, obwohl den Tausenden Studierenden, die beim Bildungsstreik auf der Straße waren, anderes versprochen wurde.

Die ganze Argumentation des Nachtragshaushalts ist widersprüchlich. Es gibt keine innere Logik. Der Finanzminister sagt, es soll keine neuen Förderungstatbestände geben, doch an bestimmten Stellen – einen habe ich gerade zitiert – wird es gemacht, Stichwort: Annette-von-Droste-Hülshoff-Stiftung. Dort, wo es genehm ist, wird verändert. Dort, wo es unangenehm ist, kneift man.

Für die WestLB ist natürlich Geld da. Die zusätzlichen 100 Millionen € aber, die man durch eine Verpflichtungsermächtigung für das nächste Jahr ausbringen könnte, um die Studiengebühren schon zum Sommersemester abzuschaffen, sieht man nicht vor und verweist darauf, das würde nicht funktionieren.

(Beifall von der LINKEN)

Die Linke wird deshalb im Detail und mit konkreten Anträgen der rot-grünen Landesregierung in den nächsten Monaten weiter Druck machen.

Die Koalition der Einladung ist bisher sehr ungastlich. Die Gäste müssen selbst etwas mitbringen und auf den Tisch stellen.

Doch wenn sich CDU und FDP jetzt aufstellen und aufspielen, muss man ihnen die ungeschminkte

Wahrheit sagen: Schwarz-Gelb hat einen politischen und finanziellen Scherbenhaufen und Schuldenberg hinterlassen. Dieser „Kahle Asten“ beträgt mittlerweile fast 130 Millionen €, mit einem jährlichen Schuldendienst von rund 5 Milliarden €.

Die Verschuldung von 107 Milliarden € im Mai 2005 haben CDU und FDP um rund 23 Milliarden € erhöht und damit die Gesamtschulden in nur fünf Regierungsjahren um über 20 %. Das ist Haushaltskonsolidierung à la CDU und FDP. Das war Ihre Politik der letzten fünf Jahre, und das – das muss man so deutlich sagen – bei sprudelnden Steuerquellen bis ins Jahr 2008 hinein.

Außerdem – lachen Sie nur, das ist Ihre Politik, die Sie in den letzten fünf Jahren gemacht haben – steht in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2013, dass die Schulden dann 150 Milliarden € betragen hätten, bei einem jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden €. Auch das ist die Politik, die Sie betrieben haben.

Zudem haben Sie eine dreiste Klientelpolitik betrieben. Nicht nur, dass auch noch der letzte Mitarbeiter in der damaligen CDU-Landtagsfraktion einen Job im Ministerium bekommen hat, wenn er es wollte, Fakt ist: Sie haben neue Subventionstatbestände geschaffen: Sie haben die Landwirtschaftskammern mit weit über 10 Millionen € und den Flughafenausbau mit weiteren Millionen gefördert.

Der WestLB sind in den letzten Jahren enorme Verluste entstanden, die immer noch nicht abschließend bezifferbar sind und die Steuerzahlenden in Nordrhein-Westfalen vermutlich noch weitere Milliarden kosten können – verantwortlich auch hier im Wesentlichen CDU und FDP. Viele Schrottpapiere und aktuell rund 77 Milliarden € sind lediglich ausgelagert worden – verantwortlich die Banker der WestLB, die ungehindert ihr Wesen treiben konnten.

Die Einstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft darf nicht das Ende des Verfahrens bedeuten. Wir haben deswegen aktuell noch einen Antrag gestellt, damit die WestLB-Banker endlich in Haftung genommen werden.

Ein weiterer wichtiger Tatbestand ist der Skandal um den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden Dr. Thomas Fischer. Dieser Dr. Thomas Fischer wird mit 3,9 Millionen € Abfindung in den Ruhestand geschickt. Andere, die ihren Job schlecht gemacht haben, landen in kürzester Zeit bei ALG II/Hartz IV. Dieser Herr Fischer hingegen ist mit 3,9 Millionen € Abfindung in den Ruhestand geschickt worden – auch das Politik von CDU und FDP in den letzten Jahren.

(Beifall von der LINKEN)

Wir Linke wollen eine Politik der Umverteilung von oben nach unten. Wir wollen und stehen nicht für eine radikale Schuldenpolitik, auch nicht im Haushalt Nordrhein-Westfalen. Es muss gegengesteuert werden. Da müssen SPD und Grüne noch konkrete Anstrengungen unternehmen. Wir haben mittlerweile sehr viele Vorschläge unterbreitet und werden weitere machen, ebenso weitere Anträge einbringen.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Vor allem müssen wir dafür sorgen, dass die Steuerverteilung in Deutschland wieder gerechter wird. Das muss auch über den Bundesrat passieren. Wir haben heute Morgen schon eine Debatte gehabt, was im Bundesrat in nächster Zeit so alles mit Hartz IV bzw. Hartz 5 ansteht. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie konkrete Initiativen zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und zur Anhebung des Spitzensteuersatzes ergreift.

(Beifall von der LINKEN)

Wir haben es am Wochenende auch wieder erlebt. Die SPD war damals für die Absenkung auf 42 % – damals noch von 53 % von Herrn Kohl kommend. Ihr Finanzminister, der hier auch mal Ministerpräsident war, war an dieser ganzen Geschichte auch beteiligt. Jetzt wollen Sie wieder 49 %. Aber es ist auch noch nicht so ganz klar, ab wann die dann gelten sollen, ab 100.000 € oder vielleicht sogar darüber. Das wird eine interessante Debatte. Wir erwarten da jedenfalls konkrete Bundesratsinitiativen.

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Die bringen doch nichts, warum soll ich das dann machen?)

– Ach, die bringen nichts? Das wissen Sie jetzt schon. Ja gut, wenn Sie das so sehen.

(Zuruf von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft)

– Frau Kraft, wenn Sie das so sehen, erwarte ich zumindest von Ihnen konkrete Maßnahmen in

Nordrhein-Westfalen. Wo sind denn die 200 Steuer- und Finanzprüfer, die der Finanzminister angekündigt hat?

(Ministerpräsidentin Hannelore Kraft: Sie stehen im Haushalt!)

– Sie stehen nicht in dem Haushalt. Stattdessen stehen die 128 Stellen von Herrn Remmel im Haushalt, aber nicht die 200 Steuer- und Finanzprüfer, die der Finanzminister schon angekündigt hat.

(Beifall von der LINKEN)

Wo sind die denn geblieben? Die bringen nämlich konkret Geld in die Kasse. Die Stellen von Herrn Remmel kosten Geld. Aber die Finanzprüfer würden Geld einbringen, und zwar ganz schnell, wenn Sie die jetzt schnell einstellen. Das sagen Ihnen alle Fachleute.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Sozialdemokraten können nicht mit Geld umgehen!)

Das werden wir auch bei der Anhörung erleben. Davon ist nichts zu sehen. Das ist die Realität Ihrer Politik.

Mit diesem Geld könnte man auch anderes finanzieren, nämlich zum Beispiel die 100 Millionen € für die vorzeitige Abschaffung der Studiengebühren, ein Semester schneller. Ich appelliere noch einmal an die Grünen: Machen Sie Druck mit uns hier, damit sich die SPD da bewegt! Der Finanzminister blockiert das offensichtlich im Moment.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Sie haben die Systematik nicht verstanden!)

Das ist eine interessante Debatte. Und es ist im Übrigen auch eine sinnvolle Personalpolitik, wenn man tatsächlich mehr Ausbildungsplätze schafft für Leute, die im Finanzbereich arbeiten.

Nebenbei bemerkt, wenn wir schon über Personalpolitik reden: Ich habe mit Interesse die Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Laumann, angehört. Er hat davon

gesprächen, 60 % der Kosten würden durch Personalstellen im Landeshaushalt entstehen. Das hat er vorhin hier vorgetragen. Das ist Quatsch.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

– Das können Sie im Protokoll nachlesen. Er hat 60 % gesagt. Es sind natürlich nur 40 %. Es sind etwas über 20 Milliarden. Das ist die Realität. Auch Herr Laumann hat da offensichtlich nicht ganz die Zahlen im Griff. Auch er muss ein bisschen nacharbeiten. Aus meiner Sicht ist da noch einiges zu tun bei CDU und FDP.

Der Finanzrahmen sollte auf jeden Fall auf der Einnahmeseite verbessert werden. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir würden natürlich vieles besser machen, wenn der finanzpolitische Rahmen größer wäre; das ist klar. Die Spielräume hier in Nordrhein-Westfalen sind sehr eng. Deswegen geht es im Wesentlichen auch darum, Einnahmeverbesserungen zu realisieren. Ich erwarte, ehrlich gesagt, aber auch, dass hier auch die Subventionstatbestände, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, die auch im Zusammenhang mit der problematischen Finanzlage in Nordrhein-Westfalen eine große Rolle spielen, angegangen werden.

Ich wundere mich zum Beispiel, dass der Finanzminister nicht sofort eine Haushaltssperre verhängt hat. Denn hier fließen weiter Gelder in völlig unsinnige Maßnahmen, die CDU und FDP als Klientelpolitik in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht haben. Die werden weiter finanziert.

(Beifall von der LINKEN)

Ich höre jeden Tag, was die Regierung in den letzten Tagen, bevor sie sich aus ihren Sesseln verabschiedet hat, noch alles Unsinnige gemacht hat.

Ich möchte noch auf einen Punkt – meine Kollegin wird gleich noch Näheres dazu sagen –, nämlich die Situation der Städte und Kommunen in Nordrhein-Westfalen, eingehen. CDU und FDP haben in den letzten Jahren den Kommunen in Nordrhein-Westfalen massiv geschadet. Ihnen wurden 4 Milliarden € vorenthalten. Hinzu kamen Streichungen bei Krankenhausinvestitionen, Schülerbeförderungsmitteln, der Weiterbildung. Auch Aufgabenverlagerungen wie bei der Versorgungs- und Umweltverwaltung verschlechterten die kommunale Finanzlage genau wie bei durchgereichten Bundesmitteln, bei KiBiz usw. Schwarz-Gelb hat den Kommunen letztlich mehr Schaden zugefügt als die Weltwirtschaftskrise hier in Nordrhein-Westfalen.

Zu dieser Erkenntnis kommen übrigens immer mehr Kommunalpolitiker auch von der CDU. Sie fordern und haben, als sie noch an der Regierung waren, schon gefordert, dass dringend etwas für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen passieren muss.

Wer Bewährtes finanzieren, neue Vorhaben umsetzen und zugleich die öffentlichen Haushalte konsolidieren will, muss ein klares und ausgewogenes Finanzkonzept haben. Der Landeshaushalt NRW kann nur unter den gegebenen finanzpolitischen Rahmenbedingungen aufgestellt werden. Eine redliche Politik benennt dafür die Finanzierungsquellen und setzt Prioritäten.

Finanzpolitische Handlungsansätze dürfen sich aber nicht nur auf das gegenwärtig Machbare und das Sparen konzentrieren, sondern müssen auch die Einnahmesituation berücksichtigen. Die Linke hat hier eine Menge Vorschläge und Anträge gemacht. Wir werden uns ansehen, was Sie mit diesem Nachtragshaushalt machen. Wir haben noch die Anhörung. Wir haben noch die verschiedenen Verfahren. Wir haben die zweite und die dritte Lesung. Wir werden erst, nachdem diese Verfahren gelaufen sind, sehen, wo Sie konkret bereit sind zu korrigieren. Wir haben einige Punkte deutlich benannt, an denen Korrekturbedarf besteht. Erst dann werden wir abschließend bewerten, wie wir mit diesem Nachtragshaushalt 2010 umgehen.

Ich kann nur feststellen: Alle wollen regieren. Wir wollen als Linke verändern. Glück auf!

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Sagel für die Fraktion Die Linke. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Walter-Borjans das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.